

Der Wirtschaftsstandort Österreich im internationalen Vergleich- gibt es ein österreichisches Modell ?

Karl Aiginger

Der vorliegende Beitrag zeichnet die Schwächen und Vorzüge des Wirtschaftsstandortes Österreich. Neben der Betrachtung von objektiven und subjektiven Faktoren der Wettbewerbsfähigkeit, wird Österreich als Teil des Europäischen Modelles beschrieben und dem amerikanischen Modell gegenübergestellt. Der Reformbedarf definiert sich aus den Vorzügen beider Modelle und dem Anpassungsbedarf der Österreich durch die Osterweiterung bevorsteht.

Österreichs ist wettbewerbsfähig

Im Zentrum der Frage der Wettbewerbsfähigkeit steht der industrielle Sektor, in dem mehr als die Hälfte der Produktion exportiert und die Hälfte der konsumierten Produkte importiert wird. Die österreichische Industrie wächst schneller als die europäische. Österreich besitzt einen der größten Industriesektoren, von den führenden Ländern haben nur Japan und Deutschland relativ zur Gesamtwirtschaft eine höhere Industriequote. Die Produktivität der österreichischen Industrie liegt innerhalb der europäischen Spitzengruppe, wenn auch die USA und Japan deutlich höhere Wert aufweisen. Wir haben zirka dreißig Unternehmen die auch in anspruchsvollen Märkten zu den Weltmarktführern gehören. Problembetriebe der ehemaligen Verstaatlichten Industrie sind heute am gnadenlosen internationalen Aktienmarkt plaziert. Das Interesse ausländischer Firmen an Produktion und Betriebskäufen in Österreich

(Direktinvestitionen) ist ungebrochen, glücklicherweise haben österreichische Firmen einen ähnlichen Appetit auf aktive Internationalisierung.

1998 stieg die Industrieproduktion noch um 5,5 % werden, auch wenn es in der zweiten Jahreshälfte durch die internationale Krise zu einer wesentlichen Abschwächung kam. Erstmals seit 1990 dürfte auch die Zahl der Industriebeschäftigten wieder steigen. Nebenbei werden Arbeitsplätze in Dienstleistungen rund um die Industrie geschaffen.

Dennoch kann die langfristig positive Entwicklung Österreichs nicht darüber hinwegtäuschen, daß kritische Weichenstellungen bevorstehen. Die wirtschaftlichen Rahmenbedingungen haben sich in den letzten Jahren entscheidend geändert, nicht in allen Bereichen zugunsten der österreichischen Position. So ist die Konkurrenz gerade in vielen Märkten, in denen Österreich komparative Vorteile hatte stärker geworden. Der Änderungsbedarf für wirtschaftspolitische Institutionen und Regime wird in Österreich unter dem Liberalisierungs- und Globalisierungsdruck stärker ausfallen. Defizite im bisherigen österreichischen System gab es in der Technologiepolitik, bei der Mobilität und in der Gründungstätigkeit. Verwaltungswege sind oft komplex und langwierig. Die Leistungsbilanz ist seit 1992 passiv und auch 1998 ist wieder ein Defizit von 50 Mrd. S zu eingetreten. Die anfänglichen Erfolge im Ostexport und bei den Direktinvestitionen österreichischer Firmen haben sich abgeflacht. Die Liberalisierung in den Bereichen Elektrizität, Gaswirtschaft und Telekommunikation geht bzw. ging schleppend vor sich und Chancen zur Expansion sind teilweise bleibend verloren. Die Außenfinanzierungsmöglichkeiten kleiner und mittlerer Unternehmen, aber auch die Bereitschaft sich extern Eigenkapital zu beschaffen, die Funktionsfähigkeit des österreichischen Aktienmarktes, sind Defizitbereiche. Die Exporte konzentrieren sich noch immer auf nahe Märkte und auf mittlere Qualitätssegmente. Forschungs- und Exportoffensive sind durch die Budgetengpässe oder durch Kompetenzfragen verzögert, Betriebsgründungen sind noch immer schwer und teuer.

Um Fortschritt und Erfolg der Reformen beurteilen zu können, befragte das WIFO im Auftrag von Wirtschaftsminister Dr. Hannes Farnleitner Vorstandsmitglieder und Geschäftsführer der wichtigsten in Österreich tätigen Industrieunternehmen sowie einiger industrienaher

Dienstleister. 41% der Antworten kamen aus multinationalen Unternehmen mit ausländischer Zentrale, 29% aus solchen mit Zentrale in Österreich, 30% waren österreichische Unternehmen. Die antwortenden Unternehmen repräsentieren einen Umsatz von 337 Mrd. S, 180.000 Mitarbeiter und eine Exportquote von 47%.

Vorzüge des Wirtschaftsstandortes Österreich

Die Gesamtbeurteilung des Wirtschaftsstandortes fiel positiv aus, insgesamt wurden in der fünfteiligen Skala 37 Faktoren als überwiegend positiv und 29 Faktoren als negativ beurteilt.

Die "weichen", d. h. schwer meßbaren Umfeldfaktoren *politische Stabilität, öffentliche Sicherheit, Kultur- und Freizeitangebot, Umweltqualität* und *Rechtssicherheit* sowie die *konsensorientierte Lösung von Arbeitskonflikten* nehmen die ersten sechs Ränge in der Reihung der österreichischen Standortvorteile ein. Auch die *soziale Einkommensverteilung* wird im internationalen Vergleich positiv bewertet.

Die *Stabilität* der rechtlichen und politischen Rahmenbedingungen ist zweifellos eine grundlegende Bedingung für die Standortwahl. Die Umwälzungen in den internationalen Rahmenbedingungen und die daraus resultierenden wirtschaftlichen und sozialen Anpassungsprozesse, denen Österreich im Zuge der Ostöffnung und der EU- Integration ausgesetzt ist, bergen ein beträchtliches Potential politischer und sozialer Instabilität. Obwohl die notwendigen Anpassungsprozesse noch keineswegs abgeschlossen sind, konnte Österreich seine Stabilität wahren. In dieser Leistung sind auch zuversichtliche Erwartungen für die Zukunft begründet.

Die *Lebensqualität* nimmt in der unternehmerischen Standortwahl sicher nicht die oberste Priorität ein, sie spielt aber zumindest für das Angebot an mobilen und qualifizierten Arbeitskräften eine Rolle. Die Verfügbarkeit qualifizierter Mitarbeiter ist wiederum einer jener Faktoren, die bei der Standortwahl tatsächlich den Ausschlag geben können. Sie bildet nach Meinung der befragten Manager einen der wesentlichen Vorzüge Österreichs: Die *Verfügbarkeit hochqualifizierter Arbeitskräfte* sowie jener mit *guter Ausbildung*, die *Initiative und Innovationsbereitschaft der Führungskräfte* und die *Einsatzbereitschaft der Mitarbeiter* wird von den Befragten positiv gewertet.

Als wichtigster Quelle nationaler Wettbewerbsvorteile wird die „Doppelintegration Österreichs gewertet: Im Vergleich zu Standorten in Osteuropa wiegt die EU-Mitgliedschaft, im Vergleich zu vielen alternativen Standorten in Westeuropa die besondere Nähe zu den Ostmärkten als Vorteil.

Dennoch hat Österreich auch Defizite: Der Aufwand, der den Unternehmen aus der Erfüllung administrativer Auflagen entsteht belastet die Kosten. Teure Telekommunikation und hohe Energiekosten, stehen indirekt mit der früheren oder derzeitigen Staatseingriffen in Verbindung. Unternehmer betonen auch die teuren Umweltauflagen, diesen steht jedoch ein Wohlfahrtsgewinn gegenüber. Unsere Umwelt ist vielfach nicht "noch" in Ordnung sondern z.B. bei den Seen "schon wieder". Und die Umwelttechnologie ist die einzige Zukunftstechnologie, in der Österreich aktiv Technologie anbietet und nicht passiv konsumiert.

Ein zweiter Standortnachteil wird im Bereich von *Innovation und Finanzierung* geortet. Die Forschungsausgaben liegen in Österreich noch immer niedriger als in andere Ländern, die Patentbilanz ist negativ, der Anteil der forschungsintensiven Industrien ist in Österreich niedriger als im europäischen Durchschnitt. Die Verfügbarkeit von Risikokapital und das Angebot an Forschungseinrichtungen von internationalem Format sind nach Ansicht der befragten Manager an alternativen Standorten wesentlich besser ausgeprägt als in Österreich. Bei den high tech Sektoren im allgemeinen und bei den Zukunftstechnologien Telekom und Biotechnologie im besonderen ist Österreich unterrepräsentiert.

Ein drittes Defizit liegt in der Kostenbelastung durch öffentliche Verwaltung und ineffiziente Regulierung. Die Steuerquote und auch die Staatsausgaben in Relation zur Wirtschaftsleistung sind in Österreich um 5 % höher als im EU- Durchschnitt und die Schere weitet sich aus. Teile der höheren Ausgaben fördern die Wirtschaftsleistung (z.B. Ausbildung), andere signalisieren aber die mangelnde Durchforstung oder ineffiziente Abwicklung überkommener Ausgaben oder eine Dreifachbürokratie auf Landes-, Bundes- und EU- Ebene. Eine Steigerung der Effizienz und eine Durchforstung überkommener Ausgaben ist nötig, erstens um das Budgetdefizit weiter zu senken und zweitens um die Steuerbelastung von Konsumenten und

Wirtschaft nicht zu weit vom EU- Schnitt wegdriften zu lassen. Eine Initiative zur Reform der Staatsausgaben (parallel zur Steuerreformkommission) ist mehr als dringend. Zukunftsausgaben in Ausbildung und Forschung sollen verstärkt werden, überkommene Aufgaben sollten noch stärker gekürzt werden. Dann ist der Industriestandort im noch schärferen Wettbewerb gut abgesichert.

Das Europäische Modell im Vergleich zu den USA und Japan

Im Konkurrenzkampf der wirtschaftlichen Blöcke hat augenblicklich die USA die größte Dynamik aufzuweisen. Der Aufschwung dauert nun schon sechs Jahre, die Beschäftigung ist rasch gestiegen, die Arbeitslosigkeit und das Budgetdefizit sinken. Das kontinuierliche und fast inflationslose amerikanische Wachstum wurde mit einem sehr niedrigen Zinssatz gestartet und mit einem teilweise noch immer unterbewerteten Dollar unterlegt, dann mit einer mutigen, nicht zu restriktiven Zinspolitik am Leben gehalten. Eine Vergrößerung der Spanne zwischen hohen und niedrigen Einkommen hat die Beschäftigung auch bei Dienstleistung mit niedriger Wertschöpfung erhöht, aber auch zu hohen Einkommensunterschieden und zum Phänomen der Working Poor (Armut trotz Beschäftigung) geführt. Die Einkommen der Bezieher niedriger Einkommen wurde jedoch durch Elemente einer "negativen Einkommenssteuer" gestützt. Die Arbeitsmarktpolitik hat die Methoden und auch den Druck zur Beschäftigungssuche und zur Annahme von schlecht bezahlten Jobs verstärkt, teilweise werden letztere auch auf lokaler Ebene befristet von öffentlicher Seite zur Verfügung gestellt. Ein Teil der Wachstumsdynamik kommt von der Verschärfung der Konkurrenz durch fast völlige Erwerbsfreiheit, neue Formen des Unternehmertums, zusätzliche Verkaufskanäle (Factory Outlets, Hauszustellungen). Das ermöglichte die Preise trotz Vollauslastung und acht Jahren Wachstum stabil zu halten. Eine zweite Wachstumskomponente stammt aus der Forcierung der Telekommunikation und dem Wiedererstarken von Unternehmen im High Tech Bereich. Das Handelsbilanzdefizit konnte auch durch die Kombination der Erfolge am High Tech Ende und einer Niedriglohnstrategie

im Dienstleistungsbereich nicht beseitigt werden, durch die Attraktivität von Investitionen in den USA und in den Dollar war dies bisher auch nicht nötig.

Das Europäische Modell unterscheidet sich in mehreren Dimensionen von dem amerikanischen Weg. Extreme Einkommensdiskrepanzen zwischen niedrigen und hohen Einkommen, zwischen Vermögensbesitzern und Obdachlosen werden als ungerecht und mit den Zielen einer Wohlfahrtsgesellschaft unverträglich gesehen. Die Schaffung von Arbeitsplätzen im Bereich der persönlichen und niedrig bezahlten Dienstleistungen wird als nicht besonders erstrebenswert angesehen, eine überproportionale Erhöhung niedriger Löhne wird als günstig für den Strukturwandel und die Stabilisierung der Nachfrage gesehen. Krankheit und Beschäftigungsrisiko sollte auch auf längere Zeit von der Gesellschaft abgesichert werden. Grenzenlose Gewinnmaximierung und feindliche Übernahmen werden nicht als produktivitätserhöhend sondern als Ablenkung produktiver Ressourcen in spekulative Tätigkeiten gesehen. Die Leistungsbilanz der Europäischen Union ist positiv und die Wohlfahrt gemessen aus Kombination von Realeinkommen, Sozialer Sicherheit und Umweltschonung ist in den letzten fünfzehn Jahren langsam aber kontinuierlich gestiegen, während die Medianeinkommen amerikanischer Arbeitnehmer gesunken ist. Die Lohnkosten je Output liegen nun in Europa höher als in den USA, das senkt die Wettbewerbsfähigkeit hat aber den Einkommens und Produktivitätsrückstand Europas langfristig verringert.

Das Europäische Modell ist in zwei Punkten an Grenzen gestoßen. Die erste war der stete Anstieg der Budgetdefizite und der Staatsverschuldung, die zweite ist die geringe Fähigkeit neue Beschäftigung zu schaffen. Im ersten Punkt wurden - nicht zuletzt durch die Maastricht Ziele - deutliche Erfolge erzielt. In fast allen Ländern konnten die Defizitziele und das Verschuldensziel erreicht werden, wenn auch begrenzte Abstriche von der punktgenauen Erfüllung nötig waren. Europa stellt sich nun ebenso wie die USA das langfristige Ziel mit der Neuverschuldung in die „Nähe von Null“ zu kommen und mittelfristig die Neuverschuldung auf 1 – 1 ½ % des Brutto Inlandsproduktes zu drücken. Die Arbeitslosigkeit hat 11 % erreicht, und ist nur in wenigen Ländern deutlich niedriger. In England sinkt die Arbeitslosenrate nach

einer Periode sinkender Realeinkommen und extrem hoher Arbeitslosigkeit, in den Niederlanden und in Dänemark nach konsensualen Reformen (mit Flexibilisierung, Erhöhung der Teilzeitbeschäftigung und innovativen Karenzregelungen). In Österreich liegt die Arbeitslosenrate deutlich unter dem EU- Schnitt, wobei Frühpensionierungen und anderen Maßnahmen der Senkung des Arbeitsangebotes mit z.T. hohen budgetären Kosten genutzt wurden, allerdings hat auch das lange Zeit höhere Wachstum einen positiven Beitrag zur Bekämpfung der Arbeitslosigkeit geliefert. Der Wachstumsimpuls im Europäischen Modell sollte nun durch den Abbau der Transaktionskosten durch den EU Binnemarkt erfolgen, sowie durch die Dynamisierung der Wirtschaftsentwicklung durch eine Wachstumsphase in den Reformländern. Jüngste Prognosen erlauben es für die EU Wachstumsraten von 2 ½ bis 3 % zu erwarten, damit würde auch die Arbeitslosenrate sinken. Der als Bedrohung empfundenen Migration aus den Reformländern kann nur durch eine restriktive Einwanderungspolitik begegnet werden, die aber wieder mit dem Freizügigkeitsprinzip (und eventuell auch mit dem humanitären Anspruch) des Europäischen Modells im Konflikt steht. Die verstärkte Unterstützung des Transformationsprozesses in den Reformländern und letztlich die Osterweiterung der EU konkurrieren kurz- und mittelfristig mit dem Ziel, die öffentlichen Haushalte zu sanieren und überdies mit etablierten regionalen Ausgleichsmechanismen in der bisherigen Gemeinschaft, langfristig besteht kein Zweifel, daß erfolgreiche Transformationsländer die Dynamik in der EU unterstützen. Die europäische Zinspolitik wirkte in den Hartwährungsländern restriktiv und hat die Reduktion der Budgetdefizite und auch die Finanzierung aktiver Forschungs- und Ausbildungsinitiativen erschwert. Die Liberalisierung der Telekommärkte hat den Ländern die früh begonnen haben und interne Konkurrenz forciert haben eine gute Ausgangsposition gebracht. Es hat den Anschein, daß das Europäische Modell mit dem Entstehen des Binnenmarktes und mit dem Erreichen einer großen Währungsunion bereits einen Teil seines Reformbedarfes bereits abgearbeitet hat und nun besser für die weltweite Konkurrenz gerüstet ist. Jedenfalls scheint die selbstbewußte Weiterentwicklung des Modelles und gegebenenfalls ein Einarbeiten von Erfolgsfaktoren anderer Modelle sinnvoll und möglich. Ein bloßes Nachahmen des amerikanischen oder des japanischen Weges ist nicht empfehlenswert. Bei der Schaffung von Arbeitsplätzen durch Betriebsgründungen und in der Fähigkeit auch in non- profit Bereichen Leistungen

nachvollziehbar zu machen und in der Forcierung der Telekommunikationstechniken, sollte Europa aber etwas lernen.

Das Japanische Modell und in seinem Kielwasser die neuen Industrieländer (Tiger und Drachen) erleben zur Zeit den stärksten Umstrukturierungsbedarf. Die importseitige Liberalisierung und die interne Konkurrenz sind geringer als in den USA aber auch in Europa, der Konkurrenzdruck durch China ist für Japan fast noch stärker als jener der Transformationsländer für Europa und Mexikos für die USA. Der institutionelle Umbau erweist sich als schwer, doch gehen die meisten Analysten von der Fähigkeit Japans aus mit neuen Herausforderung fertig zu werden. In Japan ist das Wirtschaftswachstum seit Anfang der neunziger Jahre am deutlich gesunken, nicht zuletzt weil der Yen sehr stark aufgewertet wurde.

Gibt es ein österreichisches Modell ?

Das österreichische Wirtschaftssystem ist eine Variante des "Europäischen Systems" mit besonderer Betonung bestimmter Elemente. Die konsensuale Lösung von Wirtschaftsfragen im Rahmen der Sozialpartnerschaft ist deutlich stärker ausgeprägt, ebenso die öffentliche Abfederung von Risiken aus Arbeitslosigkeit, Krankheit, Unfall. Die Bedingungen zur Konstruktion von Arbeitsverträgen, aber auch zur Gründung von Unternehmen und zum Betrieb von Anlagen sind genau geregelt, Karrierewege an Qualifikationen geknüpft, mit Betriebsvereinbarungen, Gehaltsschemata abgesichert und wenig flexibel. Öffentliches Eigentum, Regulierung von Infrastrukturbereichen, gesetzliche Vorschriften und Lohnnebenkosten spielen eine größere Rolle als in anderen Ländern. Der Investitionstätigkeit wird historisch eine wichtige Rolle eingeräumt, der Forschungstätigkeit eine geringere.

In den letzten Jahren gab es in Österreich in Bereichen Reformen, sodaß sich das System seit den achtziger Jahren dem europäischen Mainstream anpaßt. Arbeitszeiten wurden flexibilisiert, die Gewerbeordnung liberalisiert, der Telekombereich wurde und der Energiebereich wird dereguliert. Der Kapitalmarkt wurde liberalisiert, der Aktienmarkt befindet sich im Reformstadium, Unternehmen im Staatsbereich wurden ganz oder teilweise privatisiert. Die Regierung hat eine Export- und Technologieoffensive eingeleitet. Eine Steuerreform ist in Ausarbeitung und sie geht von einem Niveau aus, wo die standortrelevanten Unternehmenssteuern schon sehr niedrig sind. Eine große Steuerreform darf allerdings nicht zu einer Erhöhung des Budgetdefizites führen, sondern muß durch Effizienzsteigerung der Öffentlichen Hand wettgemacht werden.

Elemente einer standortorientierten Reform des Regulierungssystems

Die Durchdringung des öffentlichen Sektors durch Konkurrenz und Leistungsmessung hat viele Formen. Sie ist deswegen so notwendig, weil nach der starken Rationalisierung im privaten Sektor, auch der öffentliche Sektor (45 % der Wirtschaft) seinen Beitrag zur Kostensenkung liefern muß. Wichtige Elemente eines Reformpaketes sind im Folgenden aufgezählt.

Public Sector Management

New Public Management fordert eine Angabe von Zielen für die öffentliche Verwaltung, eine Strukturierung der Verwaltung nach diesen Zielen, eine Messung der Zielerfüllung eine leistungsgerechte Entlohnung nach vorgegebenen Indikatoren. Das würde auch bedeuten, daß Sektionen aufgelassen und umgruppiert werden, daß Ziele und Erfolgsmessungen in Strategieseminaren vereinbart werden, daß die Zahl der Hierarchieebenen verringert Einsparungserfolge sollten teilweise zu Lohnerhöhungen teilweise zu Reserven und teilweise zur Budgetsanierung verwendet werden (Züricher Modell). Viele dieser Vorschläge sind mit der österreichischen Verfassungslage nicht leicht vereinbar, der Vollzug des Rechtes muß von Gesetzen und Verordnungen ausgehen, der Minister ist letztlich für den Vollzug verantwortlich

und bedient sich dafür einer strikten Hierarchie, Gehälter und Vorrückungen sind in Schemata festgelegt. Eine Diskussion zwischen Juristen und Ökonomen hat in der Deregulierungskommission des Wirtschaftsministerium begonnen.

Ausgliederungen und Privatisierungen

Ausgliederungen ermöglichen Aufgaben in die privatwirtschaftlichen Spielregeln zu übertragen. Im Prinzip kann auch eine hoheitliche Aufgabe einem privaten Unternehmer anvertraut werden, dem sind Grenzen gesetzt, die der Verfassungsgerichtshof bisher relativ eng zieht, doch wird auch hier mit der üblichen Verzögerung ein Umdenken stattfinden. Die meisten Aufgaben die den Wirtschaftsstandort Österreich betreffen sind jedoch nicht hoheitlich und daher prinzipiell gestaltbar. Ausgliederungen von Aufgaben und Leistungen, die bisher im öffentlichen Bereich erstellt werden müssen jedoch auch sehr spezifisch gestaltet werden um erfolgreich zu sein. Drei wichtigsten Bedingungen sind

- o bei der Ausgliederung sollen die Interessen der ausgegliederten Gruppe (Behörde, Abteilung) zwar gehört werden, jedoch soll die letztlich bestimmende Kraft ein Ausgliederungsexperte oder eine Agentur sein

- o der Vertreter des öffentlichen Interesses muß sorgfältig die neuen Ziele des neuen Unternehmens definieren, ebenso wie er sie messen will und welchen Zuzuschußbedarf er leisten will bzw. welche Dividenden er erwartet

- o Die neuen Manager der Unternehmung müssen ergebnisorientiert bezahlt werden. Wer nicht akzeptiert, daß sein Basisgehalt deutlich unter dem bisherigen Gehalt liegt, weil er Zweifel hegt ob er erfolgreich sein ist für die Position auszuschließen, vorteilhaft sind ohnehin neue Manager. Die ergebnisorientierte Bezahlung ist auch auf den Privatisierungsagenten zu

übertragen, dessen Honorar vom vereinbarten Ergebnis und von dem langfristigen Erfolg abhängt

Anreizsteuerung

Der Staat kann vielfach durch Inzentives (Anreize) Wirtschaftsunternehmen, Institutionen und Private dazu veranlassen gesamtwirtschaftlich erwünschtes Verhalten an den Tag zu legen. So kann man die Finanzierung der Schulen nicht nach den anfallenden Kosten durch führen, sondern nach der Attraktivität der Schule und nach Ergebnissen von Evaluierungen. Das hat zur Folge, daß sich die Schulen aus „Eigennutz“ so verhalten werden, wie es der Staat wünscht. Gegen dieses System werden drei Gruppen von Einwendungen erfolgen: Einmal sollte das Schulsystem aus dem Wettbewerbsmodell herausgehalten werden, weil die Erziehung ein zu wichtiges Gut ist um allein nach wirtschaftlichen Gründen beurteilt zu werden. Dieses Argument hat prizipiell etwas für sich, allerdings ist es falsch anzunehmen, daß die Incentives sich nur auf wirtschaftliche Faktoren erstrecken. Die Attraktivität einer Schule wird nicht nur nach meßbarer Ausstattung beurteilt, sondern auch nach dem Klima, der Atmosphäre, den sportlichen Möglichkeiten etc. Als zweiter Einwand kommt daß Leistungen im Rahmen von Evaluationen ja nicht objektiv meßbar sind. Auch das stimmt prinzipiell, weil sowohl mechanisierte Messungen (Ergebnisse auf einheitlich Fragen) als auch Peer Reviews oder Elternbefragungen eine subjektive Komponente haben. Allerdings sieht man die Relativität des Einwandes, wenn man das Ergebnis dieser Evaluation mit der derzeitigen vergleicht. Als drittes Argument wird eingewandt, daß jede Erhöhung des Eigenspielraumes einer Schule dazu führt, das Schulen in einkommenschwächeren Bezirken noch schlechter werden, während reiche Eltern die Schulqualität an ihrem Wohnort verbessern können. Auch dieses Argument ist im Prinzip richtig, dem sollte mit einem Aufwertungsfaktor Rechnung getragen werden (höherer Betrag je Schüler). Prinzipiell sorgt ein Anreizschema, daß jeder gewünschte und definierte Ziel der öffentlichen Hand Rechnung getragen werden kann. derzeit werden solche Wünsche entweder implizit geäußert oder durch politische Prioritäten überlagert-

Was hier für das Schulsystem gesagt wurde gilt für Spitäler, Arbeitsämter, Universitäten etc. Bei Spitälern ist eine Minireform nach jahrzehnte langen Verhandlungen durchgeführt worden, die die Spitalskosten nicht von der Belegung der Betten sondern den erbrachten Leistungen abhängig macht.

Benchmarking von Rahmenbedingungen, Leistungsmessung im öffentlichen Bereich

Das Instrument des Benchmarkings wurde ursprünglich auf Firmenebene entwickelt und sollte dem Unternehmen Verbesserungsmöglichkeiten aufzeigen, indem für Kennzahlen aber auch Prozesse das erfolgreichste Unternehmen (Best Practice) ermittelt wurde. Das Instrument wurde dann für Industrien verwendet und letztlich auf die Beurteilung der Standortbedingungen für die Industrie ausgedehnt. Das Instrument ersetzt nicht Zielvorgaben und Visionen über die erwünschte Entwicklung, aber erlaubt bei adäquater Verwendung wichtige Erkenntnisse. Das Wirtschaftsministerium hat im Rahmen einer Benchmarking Initiative der DGIII der Europäischen Union vorgeschlagen Betriebsgründungen und Dauer von Genehmigungsverfahren international zu vergleichen.

Zusammenfassung

Europa hat gegenüber den USA heute ein noch um ein Drittel niedrigeres Einkommensniveau. Selbst wenn man die Vorteile kürzerer Arbeitszeit, eines engeren Sozialnetzes und eines hohen Umweltstandards dagegenhält so bleibt ein gewisser Rückstand an Spitzentechnologie und Wohlfahrt. Der hohe Handels- und Leistungsbilanzüberschuß Europas findet in traditionellen und skillintensiven Industrien mittlerer Technologie statt, nicht in rasch wachsenden und hoch globalisierten Industrien.

Dennoch spricht viel dafür, daß das nächste Jahrzehnt das Europäische Jahrzehnt wird. Die Liberalisierungs- und Privatisierungsprozesse, der Abbau der Wettbewerbsverzerrungen und der Handelshemmnisse und die Öffnung der Ostmärkte, werden der Wirtschaft Dynamik verleihen, Die Einführung des Euro ist der größte Reformprozess der letzten Jahrzehnte und noch dazu einer der nicht wie andere Großprojekte Kosten erfordert, sondern Kosten reduziert.

Österreich ist ein Erfolgsmodell im Umbau. Die industriellen Erfolge in den letzten Jahrzehnten hat Österreich vom Nachzügler zum Nettozahler und die österreichische Industrie in die Spitzengruppe der 3 – 5 erfolgreichsten Industrieländer Europas gebracht. Die Basis für ein erfolgreiches Wirtschaften ist in Österreich somit gegeben. Die Bewertung durch die befragten Unternehmer und Manager fällt auch günstiger aus als internationale Standortrankings, nach denen Österreich in den letzten Jahren zurückgefallen ist.

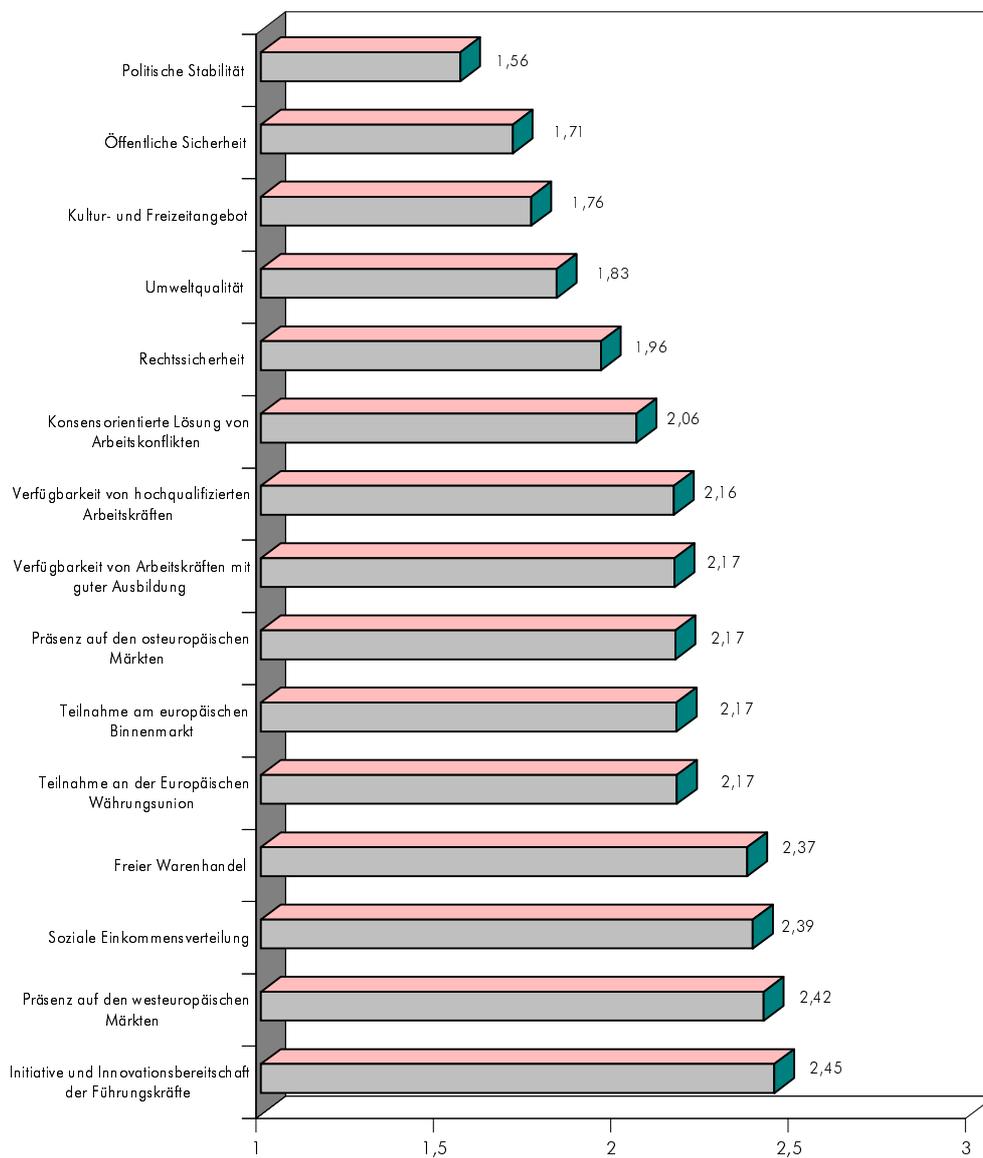
Globalisierung und zunehmende wirtschaftliche Integration erfordern aber für die Zukunft weitergehende Anstrengungen. Standorte konkurrieren um attraktive Investitionen, die möglichst viel Beschäftigung und Wertschöpfung sichern. Dafür bedarf es einer beständigen Aufwertung und Weiterentwicklung der eigenen Vorteile, z.B. der Ausbildung, der Flexibilität und der schrittweisen Innovationen. Die Ostöffnung bringt Österreich einen neuen Markt und erlaubt neue Strategien für österreichische Firmen. Sie schafft auch Konkurrenz im Billigpreissegment. Dies ist jedoch in dynamischer Sicht kein Nachteil, weil die Billigkonkurrenz Österreich zwingt auf der Qualitätsleiter hinaufzuklettern. Wenn sich Österreich nicht bewegt, so bringt dies ein Problem, wenn die nötigen Veränderungen beschränkt werden, so bringt das eine bessere Aussicht.

Literatur:

- K. Aiginger: "The privatisation experiment in Austria", in Parker, D. (ed.), Privatisation in the European Union, Theory and Policy Perspectives, Routledge, London, New York, 1998, pp. 70-87 (IV/98)
- K. Aiginger: "Privatisierung in Österreich", in Wieviel Staat, wieviel privat? Die zukünftige Rolle des Staates in Österreichs Wirtschaft, ÖGB Verlag, Wien, 1998 (V/98)
- K. Aiginger, M. Peneder: "Reform des österreichischen Regulierungssystems" in Handler, H. (ed.), Wirtschaftsstandort Österreich - Rahmenbedingungen im Umbruch, Bundesministerium für wirtschaftliche Angelegenheiten, Sektion Wirtschaftspolitik, Wien, 1998, pp. 26-53 (VI/98) **MODERNI**
- K. Aiginger, M. Peneder: Stärken und Defizite des Industriestandortes Österreich WIFO-Studie im Auftrag des Bundesministeriums für Wirtschaftliche Angelegenheiten, Wien, 1997
- K. Aiginger, Davies, St., Peneder, M., Pfaffermayr, M. The European manufacturing industry, in European Commission DGIII, The competitiveness of European industry, 1998 1998, pp. 37-97, (XIII/98)
- Obermair, A., Public Sector Management in Österreich, WIFO, mimeo, 1998.
- Wieser, R., Anreize zur Beschleunigung von Genehmigungsverfahren und zur Aufdeckung von Freien Kapazitäten im Öffentlichen Sektor, Bundesministerium für Wirtschaftliche Angelegenheiten, Sektion Wirtschaftspolitik, Wien, 1998.

Österreichs Qualität als Industriestandort: TOP 15

Mittelwert der Benotung auf einer Skala von 1 ("sehr hoch") bis 5 ("sehr gering")



Österreichs Defizite als Industriestandort: LOW 15

Mittelwert der Benotung auf einer Skala von 1 ("sehr hoch") bis 5 ("sehr gering")

